

N° 2544.

ALLEMAGNE ET SUISSE

Convention relative à la reconnaissance et à l'exécution de décisions judiciaires et de sentences arbitrales. Signée à Berne, le 2 novembre 1929.

GERMANY AND SWITZERLAND

Convention concerning the Recognition and Execution of Judicial Decisions and Arbitral Awards. Signed at Berne, November 2, 1929.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o. 2544. — ABKOMMEN ¹ ZWISCHEN DEM DEUTSCHEN REICH UND DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT ÜBER DIE GEGENSEITIGE ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG VON GERICHTLICHEN ENTSCHEIDUNGEN UND SCHIEDSSPRÜCHEN. GEZEICHNET IN BERN, AM 2. NOVEMBER 1929.

Texte officiel allemand communiqué par le Conseil fédéral suisse. L'enregistrement de cette convention a eu lieu le 3 décembre 1930.

German official text communicated by the Swiss Federal Council. The registration of this Convention took place December 3, 1930.

DER SCHWEIZERISCHE BUNDES RAT UND DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT, von dem Wunsche geleitet, zur Förderung der rechtlichen Beziehungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen zu regeln, haben beschlossen, hierüber ein Abkommen zu schliessen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevölmächtigten ernannt :

DER SCHWEIZERISCHE BUNDES RAT :

den ausserordentlichen Gesandten und bevölmächtigten Minister in Berlin Herrn Dr. Karl Hermann RÜFENACHT,
den Chef der Justizabteilung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements Herrn Dr. Hans KUHN,
den Adjunkten der Justizabteilung des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements Herrn Dr. Emil ALEXANDER ;

DER DEUTSCHE REICHSPRÄSIDENT :

den Vortragenden Legationsrat im Auswärtigen Amt Herrn Dr. Georg MARTIUS, und den Ministerialrat im Reichsjustizministerium Geheimen Regierungsrat Herrn Dr. Erich VOLKMAR ;

die nach Prüfung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden worden sind, folgendes vereinbart haben :

Artikel 1.

Die im Prozessverfahren über vermögensrechtliche Ansprüche ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen der bürgerlichen Gerichte des einen Staates werden ohne Unterschied ihrer Benennung (Urteile, Beschlüsse, Vollstreckungsbefehle), jedoch mit Ausnahme der Arreste und einst-

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Berlin, le 1^{er} septembre 1930.

¹ The exchange of ratifications took place at Berlin, September 1, 1930

weiligen Verfügungen, und ohne Rücksicht auf die Staatangehörigkeit der an dem Rechtsstreit beteiligten Parteien im Gebiete des andern Staates anerkannt, wenn für die Gerichte des Staates, in dessen Gebiet die Entscheidung gefällt wurde, eine Zuständigkeit nach Massgabe des Artikel 2 begründet war und nicht nach dem Rechte des Staates, in dessen Gebiet die Entscheidung geltend gemacht wird, für dessen Gerichte eine ausschliessliche Zuständigkeit besteht.

Artikel 2.

Die Zuständigkeit der Gerichte des Staates, in dem die Entscheidung gefällt wurde, ist im Sinne des Artikel 1 begründet, wenn sie in einer staatsvertraglichen Bestimmung vorgesehen oder eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist :

1. wenn der Beklagte zur Zeit der Klagerhebung oder zur Zeit der Erlassung der Entscheidung seinen Wohnsitz oder die beklagte juristische Person ihren Sitz in diesen Staate hatte ;
2. wenn sich der Beklagte durch eine ausdrückliche Vereinbarung der Zuständigkeit des Gerichts, das die Entscheidung gefällt hat, unterworfen hatte ;
3. wenn der Beklagte sich vorbehaltlos auf den Rechtsstreit eingelassen hatte ;
4. wenn der Beklagte am Orte seiner geschäftlichen Niederlassung oder Zweigniederlassung für Ansprüche aus dem Betriebe dieser Niederlassung belangt worden ist ;
5. für eine Widerklage, wenn der Gegenanspruch mit dem in der Klage geltend gemachten Anspruch oder mit den gegen diesen vorgebrachten Verteidigungsmitteln in rechtlichem Zusammenhange steht.

Artikel 3.

Die in nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten zwischen Angehörigen eines der beiden Staaten oder beider Staaten ergangenen rechtskräftigen Entscheidungen der bürgerlichen Gerichte des einen Staates werden im Gebiete des anderen Staates anerkannt, es sei denn, dass an dem Rechtsstreit ein Angehöriger des Staates, in dem die Entscheidung geltend gemacht wird, beteiligt war und nach dem Rechte dieses Staates die Zuständigkeit eines Gerichts des anderen Staates nicht begründet war. Dies gilt auch insoweit, als die in einer nichtvermögensrechtlichen Streitigkeit ergangene Entscheidung sich auf einen vermögensrechtlichen Anspruch mit erstreckt, der von dem in ihr festgestellten Rechtsverhältnis abhängt.

Artikel 4.

Die Anerkennung ist zu versagen, wenn durch die Entscheidung ein Rechtsverhältnis zur Verwirklichung gelangen soll, dem im Gebiete des Staates, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit die Gültigkeit, Verfolgbarkeit oder Klagbarkeit versagt ist.

Sie ist ferner zugunsten eines inländischen Beteiligten zu versagen, wenn in der Entscheidung bei Beurteilung seiner Handlungsfähigkeit oder seiner gesetzlichen Vertretung oder bei Beurteilung eines für den Anspruch massgebenden familien- oder erbrechtlichen Verhältnisses oder der dafür massgebenden Feststellungen des Todes einer Person zu seinem Nachteil andere als die nach dem Rechte des Staates, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, anzuwendenden Gesetze zugrunde gelegt sind.

Hat sich der Beklagte auf den Rechtsstreit nicht eingelassen, so ist die Anerkennung zu versagen, wenn die Zustellung der den Rechtsstreit einleitenden Ladung oder Verfügung an den Beklagten oder seinen zur Empfangnahme berechtigten Vertreter nicht rechtzeitig oder lediglich im Wege der öffentlichen Zustellung oder im Auslande auf einem anderen Wege als dem der Rechts-hilfe bewirkt worden ist.

Artikel 5.

Das Gericht des Staates, wo die Entscheidung geltend gemacht wird, ist bei der Prüfung der die Zuständigkeit eines Gerichts des anderen Staates begründenden Tatsachen und der Versagungsgründe an die tatsächlichen Feststellungen der Entscheidung nicht gebunden. Eine weitere Nachprüfung der Gesetzmässigkeit der Entscheidung findet nicht statt.

Artikel 6.

Die Entscheidungen der Gerichte des einen Staates, die nach den vorstehenden Bestimmungen im Gebiete des anderen Staates anzuerkennen sind, werden auf Antrag einer Partei von der zuständigen Behörde dieses Staates für vollstreckbar erklärt. Vor der Entscheidung ist der Gegner zu hören. Die Vollstreckbarerklärung hat in einem möglichst einfachen und schleunigen Verfahren zu erfolgen.

Die Vollziehung der für vollstreckbar erklärten Entscheidung bestimmt sich nach dem Rechte des Staates, in dem die Vollstreckung beantragt wird.

Artikel 7.

Die Partei, die für eine Entscheidung die Vollstreckbarerklärung nachsucht, hat beizubringen :

1. eine vollständige Ausfertigung der Entscheidung ; die Rechtskraft der Entscheidung ist, soweit sie sich nicht schon aus der Ausfertigung ergibt, durch öffentliche Urkunden nachzuweisen ;
2. die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift der Urkunden, aus denen sich die der Vorschrift des Artikel 4 Abs. 3 entsprechende Ladung der nichterschiedenen Partei ergibt.

Auf Verlangen der Behörden, bei der die Vollstreckbarerklärung beantragt wird, ist eine Übersetzung der im Abs. 1 bezeichneten Urkunden in die amtliche Sprache dieser Behörde beizubringen. Diese Übersetzung muss von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter oder einem beeidigten Dolmetscher eines der beiden Staaten als richtig bescheinigt sein.

Artikel 8.

Die in einem gerichtlichen Güteverfahren (Sühneverfahren) oder nach Erhebung der Klage vor einem bürgerlichen Gericht abgeschlossenen oder von einem solchen bestätigten Vergleiche stehen, vorbehaltlich der Bestimmung des Artikel 4 Abs. 1 hinsichtlich ihrer Vollstreckbarkeit anzuerkennenden gerichtlichen Entscheidungen im Sinne der Artikel 6 und 7 gleich.

Artikel 9.

Hinsichtlich der Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen gilt im Verhältnis zwischen den beiden Staaten das in Genf zur Zeichnung aufgelegte Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 26. September 1927 mit der Massgabe, dass es ohne Rücksicht auf die im Artikel 1 Abs. 1 das. enthaltenen Beschränkungen auf alle in einem der beiden Staaten ergangenen Schiedssprüche Anwendung findet.

Zum Nachweis, dass der Schiedsspruch eine endgültige Entscheidung im Sinne des Artikel 1 Abs. 2 lit. d des vorbezeichneten Abkommens darstellt, genügt in Deutschland eine Bescheinigung

der Geschäftsstelle des Gerichts, bei dem der Schiedsspruch niedergelegt ist, in der Schweiz eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Kantons, in dem der Schiedsspruch ergangen ist.

Vor einem Schiedsgericht abgeschlossene Vergleiche werden in derselben Weise wie Schiedssprüche vollstreckt.

Artikel 10.

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Das Abkommen tritt drei Monate nach den Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Es findet keine Anwendung auf Entscheidungen, die vor seinem Inkrafttreten rechtskräftig geworden sind, und auf Vergleiche, die vor diesem Zeitpunkt zustande gekommen sind.

Das Abkommen kann von jedem der vertragschliessenden Staaten gekündigt werden. Es bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch sechs Monate in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Bern, am 2. November 1929.

(*Signé*) RUFENACHT

(*Signé*) KUHN

(*Signé*) ALEXANDER.

(*Signé*) MARTIUS.

(*Signé*) VOLKMAR.

Für getreue Abschrift :

Bern, den 2. Dezember 1930

Der Bundeskanzler :

Kaeslin.

¹ TRADUCTION. — TRANSLATION.

N^o 2544. — CONVENTION ENTRE LE REICH ALLEMAND ET LA CONFÉDÉRATION SUISSE RELATIVE A LA RECONNAISSANCE ET A L'EXÉCUTION DE DÉCISIONS JUDICIAIRES ET DE SENTENCES ARBITRALES. SIGNÉE A BERNE LE 2 NOVEMBRE 1929.

LE PRÉSIDENT DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE et LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND, animés du désir de favoriser les relations juridiques entre la Confédération suisse et le Reich allemand, ont résolu de conclure une convention pour régler la reconnaissance et l'exécution de décisions judiciaires et de sentences arbitrales.

Ont été désignés à cet effet comme plénipotentiaires :

PAR LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE :

- M. le D^r Karl Hermann RÜFENACHT, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire, à Berlin ;
- M. le D^r Hans KUHN, chef de la Division de Justice du Département fédéral de Justice et Police ;
- M. le D^r Emil ALEXANDER, adjoint de la Division de Justice du département fédéral de Justice et Police ;

PAR LE PRÉSIDENT DU REICH ALLEMAND :

- M. le D^r Georg MARTIUS, conseiller de légation référendaire au Ministère des Affaires étrangères ;
- M. le D^r Erich VOLKMAR, conseiller ministériel au Ministère de la Justice du Reich, conseiller intime du gouvernement.

² TRADUCTION. — TRANSLATION.

No. 2544. — CONVENTION BETWEEN THE GERMAN REICH AND THE SWISS CONFEDERATION CONCERNING THE RECOGNITION AND EXECUTION OF JUDICIAL DECISIONS AND ARBITRAL AWARDS. SIGNED AT BERNE, NOVEMBER 2, 1929.

THE FEDERAL COUNCIL OF THE SWISS CONFEDERATION and THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH, being desirous of promoting juridical relations between the Swiss Confederation and the German Reich, have decided to conclude a Convention to regulate the recognition and execution of judicial decisions and arbitral awards.

The following have been appointed Plenipotentiaries for this purpose :

BY THE SWISS FEDERAL COUNCIL :

- Dr Karl Hermann RÜFENACHT, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berlin ;
- Dr Hans KUHN, Head of the Judicial Branch of the Federal Department of Justice and Police ;
- Dr Emil ALEXANDER, Assistant in the Judicial Branch of the Federal Department of Justice and Police ;

BY THE PRESIDENT OF THE GERMAN REICH :

- Dr Georg MARTIUS, Counsellor of Legation in the Foreign Office ;
- Dr Erich Volkmar, Ministerial Counsellor in the Ministry of Justice of the Reich, and Privy Councillor,

¹ Traduction du Gouvernement fédéral suisse.

² Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations, à titre d'information.

¹ Translation of the Swiss Federal Government.

² Translated by the Secretariat of the League of Nations, for information.

Lesquels, après avoir examiné leurs pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Who having examined their full powers, found in good and due form, have agreed to the following provisions :

Article premier.

L'autorité des décisions passées en force de choses jugées, rendues dans un procès en matière de réclamations pécuniaires par les tribunaux civils de l'un des deux Etats, sera reconnue sur le territoire de l'autre Etat, sans égard à leur dénomination (jugements, décisions, mandats d'exécution), mais à l'exception toutefois des séquestres et des mesures provisionnelles, et quelle que soit la nationalité des parties au litige, si la compétence des tribunaux de l'Etat sur le territoire duquel la décision a été rendue était fondée aux termes de l'article 2 et si les tribunaux de l'Etat sur le territoire duquel la décision est invoquée n'étaient pas exclusivement compétents d'après leur propre législation.

Article 1.

Decisions which have acquired force of law rendered by the civil courts of one of the two States in actions concerning claims to property shall be recognised in the territory of the other State whatever their description (judgments, decisions, orders of the court), with the exception however, of sequestration orders and provisional orders, whatever the nationality of the parties in the case may be, provided that the competence of the courts of the State in whose territory the decision was given be founded on the terms of Article 2 and the courts of the State in whose territory it is sought to enforce the decision are not exclusively competent under the law of that State.

Article 2.

La compétence des tribunaux de l'Etat où la décision a été rendue est fondée au sens de l'article premier, si elle est prévue pour une convention internationale ou si l'une des conditions suivantes est remplie :

Article 2.

The civil courts of the State in which the decision has been given shall be competent within the meaning of Article 1, if their competence has been provided for by an international convention, or if one of the following conditions is fulfilled :

1° Lorsque le domicile du défendeur ou le siège de la personne morale défenderesse se trouvait dans cet Etat au moment de l'ouverture de l'action ou à celui où la décision a été rendue ;

2° Lorsque le défendeur s'était soumis, par une convention expresse, à la compétence du tribunal qui a rendu la décision ;

3° Lorsque le défendeur est entré en matière, sans réserve, sur le fond du litige ;

4° Lorsque le défendeur a été recherché au lieu de son établissement commercial ou industriel ou de sa succursale pour des réclamations dont la cause remonte à l'exploitation de cet établissement ;

5° S'il s'agit d'une demande reconventionnelle, lorsqu'elle est en connexité avec la demande principale ou avec les moyens de défense invoqués contre celle-ci.

(1) If the defendant's domicile, or the defendant corporation's seat was situated in that State at the moment when the case was opened or the decision was given ;

(2) If the defendant was by explicit agreement subject to the competence of the court giving the decision ;

(3) If the defendant has without reservation entered into the case ;

(4) If the defendant was cited at the place at which he has a business establishment or a branch establishment in respect of claims arising out of the operation of the said establishment ;

(5) If the counter-claim was made in connection with the main proceedings or the arguments for the defence against the same.

Article 3.

L'autorité des décisions passées en force de chose jugée, rendues par les tribunaux civils de l'un des deux Etats en matière de réclamations non pécuniaires, entre ressortissants de l'un des deux Etats ou des deux Etats, sera reconnue sur le territoire de l'autre Etat, à moins qu'un ressortissant de l'Etat dans lequel la décision est invoquée n'ait été partie au litige et que d'après la législation de cet Etat la compétence d'un tribunal de l'autre Etat ne soit pas fondée. Il en est de même des décisions rendues sur une réclamation non pécuniaire qui porte également sur une réclamation pécuniaire dépendant du rapport de droit constaté dans la décision.

Article 4.

La reconnaissance sera refusée lorsque la décision aurait pour résultat la réalisation d'un rapport de droit dont la validité ou la poursuite est défendue sur le territoire de l'Etat où la décision est invoquée pour des motifs tirés de l'ordre public ou des bonnes mœurs.

La reconnaissance sera en outre refusée en faveur d'une partie ressortissante du pays, si dans la décision, lors de l'appréciation de sa capacité civile ou de sa représentation légale ou lors de l'appréciation d'un rapport du droit de la famille ou des successions qui est décisif pour la réclamation, ou de la constatation, également décisive, d'un décès, il a été pris pour base, à son détriment, d'autres lois que celles applicables d'après la législation de l'Etat où la décision est invoquée.

Lorsque le défendeur n'est pas entré en matière sur le fond du litige, la reconnaissance sera refusée si la citation ou l'acte qui a introduit le litige n'a pas été remis en temps utile au défendeur ou à son mandataire autorisé à le recevoir ou si la notification a simplement été faite par sommation publique ou, à l'étranger, par une autre voie que celle de l'assistance judiciaire.

Article 5.

Le tribunal de l'Etat dans lequel la décision est invoquée n'est pas lié, lors de l'examen des faits qui déterminent la compétence d'un tri-

Article 3.

Decisions which have acquired force of law given by the civil courts of one of the two States in cases not concerning property rights between parties who are nationals of either State or both States, shall be recognised on the territory of the other State unless a national of the State in which the decision is to be enforced was a party to the case and according to the legislation of that State a court of the other State had no competence in the matter. The same shall apply to decisions given in respect of a case not concerning property rights but affecting a claim concerning property rights which is dependent on the legal relation settled by the said decision.

Article 4.

Recognition shall be refused if as a result of the decision a legal relation were to be established which for reasons of public order or morals is not recognised as valid, actionable or suable in the territory of the other State.

Recognition shall also be refused in favour of a party who is a national of the State in which the decision is to be enforced if, in the decision, an opinion given as to the capacity of the said party to plead or as to the legal representation of the said party or as to a legal position connected with the rights of the family or questions of inheritance which are of vital importance to the case, or of certification of death also of decisive importance for the case, has, to the detriment of that party, been founded on laws other than those applicable under the legislation of the said State.

Should the defendant not have entered into the case, recognition shall be refused if the writ of summons or the document opening the case have not been served in due time on the defendant or his representative authorised to receive such summons, or if notification has only been made by public proclamation, or has been made in a foreign country by means other than the procedure of legal assistance.

Article 5.

The court of the State in which the decision is to be enforced is not bound by statements put on record in the decision when examining

bunal de l'autre Etat et des motifs de refus, par les constatations rapportées dans la décision. Il ne procède pas à un nouvel examen du fond de la décision.

Article 6.

Les décisions rendues par les tribunaux de l'un des deux Etats et dont l'autorité est reconnue sur le territoire de l'autre Etat en vertu des dispositions ci-dessus seront, à la requête de l'une des parties, déclarées exécutoires par l'autorité compétente de cet Etat. L'autre partie sera entendue avant qu'il soit statué. La déclaration d'exequatur interviendra au cours d'une procédure aussi simple et rapide que possible. L'exécution de la décision déclarée exécutoire est régie par la législation de l'Etat dans lequel elle est requise.

Article 7.

La partie qui requiert la déclaration d'exequatur devra produire :

1^o Une expédition complète de la décision ; en tant que cela ne résulte pas déjà de l'expédition elle-même, des pièces authentiques établissant que la décision est passée en force de chose jugée ;

2^o L'original ou une copie certifiée conforme des pièces constatant que la partie défaillante a été citée conformément à la prescription de l'article 4, 3^e alinéa.

Lorsque l'autorité auprès de laquelle l'exequatur est requis l'exige, la partie devra produire, en outre, une traduction des pièces indiquées au 1^{er} alinéa, rédigée dans la langue officielle de cette autorité. Cette traduction sera certifiée exacte par un représentant diplomatique ou consulaire ou par un traducteur assermenté de l'un des deux Etats.

Article 8.

Sous réserve de la disposition de l'article 4, 1^{er} alinéa, les transactions conclues au cours d'une tentative de conciliation ou à la suite de l'action ouverte devant un tribunal civil ou confirmées par celui-ci sont assimilées, au sens des articles 6 et 7, aux décisions exécutoires dont l'autorité est reconnue.

the evidence relating to the competence of a court of the other State or to motives for refusal. It shall not re-examine the merits of the case to which the decision relates.

Article 6.

The decisions of the courts of either State which are recognised in the other State under the above provisions shall, upon the request of one of the parties, be declared as enforceable by the competent authority of that State. The other party to the case shall be heard before the final decision is pronounced. The order of the Court making the decision enforceable shall be issued in the course of as simple and speedy a procedure as possible. The enforcement of the decision which has been declared executory shall be effected in accordance with the legislation of the State in which enforcement is sought.

Article 7.

The party applying for an order making the decision enforceable must submit :

(1) A full copy of the decision ; official documents should be produced to show that the decision has acquired force of law should this not be evident from the text of the copy itself ;

(2) The original or a certified copy of the documents which show that the party that did not appear was summoned in accordance with the provisions of Article 4, paragraph 3.

Should the authority from which the order making the decision enforceable is sought so require, the party shall further submit a translation of the documents mentioned in paragraph 1 drawn up in the official language of the said authority. This translation shall be certified as accurate by a diplomatic or consular representative or by a sworn translator of one of the two States.

Article 8.

Subject to the provisions of Article 4, paragraph 1, compromises agreed upon during an attempt at a friendly settlement or as a result of proceedings brought before a civil court or confirmed by the same, shall be regarded for the purposes of Articles 6 and 7 as having the same force as legal decisions recognised as enforceable.

Article 9.

En ce qui concerne la reconnaissance et l'exécution de sentences arbitrales, la convention pour l'exécution des sentences arbitrales étrangères, déposée à Genève pour la signature le 26 septembre 1927, règle les relations entre les deux Etats, en ce sens qu'elle s'applique à toutes les sentences arbitrales rendues dans l'un de ces deux Etats, sans égard aux restrictions prévues à son article premier, 1^{er} alinéa.

Pour prouver que la sentence arbitrale est devenue définitive au sens de l'article premier, 2^e alinéa, lettre *d*), de la convention susmentionnée, il suffit en Allemagne d'une attestation délivrée par le greffe (*Geschäftsstelle*) du tribunal auprès duquel la sentence arbitrale a été déposée, et, en Suisse, d'une attestation de l'autorité compétente du canton où cette sentence a été rendue.

Les transactions conclues devant des arbitres seront exécutées de la même manière que les sentences arbitrales.

Article 10.

La présente convention sera ratifiée. Les ratifications en seront échangées à Berlin aussi tôt que possible.

Cette convention entrera en vigueur trois mois après l'échange des ratifications. Elle ne s'appliquera pas aux décisions passées en force de chose jugée avant son entrée en vigueur, ni aux transactions conclues avant ce moment.

Cette convention pourra être dénoncée par chacun des deux Etats. Toutefois, elle produira ses effets encore six mois après la dénonciation.

En foi de quoi les plénipotentiaires ont signé la présente convention.

Fait en deux exemplaires originaux à Berne, le 2 novembre 1929.

(Signé) RÜFENACHT
(Signé) KUHN
(Signé) ALEXANDER.
(Signé) MARTIUS
(Singé) VOLKMAR.

Pour copie conforme

Berne, le 2 décembre 1930.

Le Chancelier de la Confédération :
Kaeslin.

Article 9.

So far as concerns the recognition and enforcement of arbitral awards, the Convention on the execution of foreign arbitral awards, opened for signature at Geneva on September 26, 1927, shall regulate the relations between the two States, that is to say, that it shall apply to all arbitral awards given in either of the two States notwithstanding any restrictions provided for in the first paragraph of its first Article.

In order to prove that the arbitral award has become final within the meaning of Article 1, paragraph 2, *d*), of the above-mentioned Convention, in Germany it shall be sufficient to produce a certificate issued by the registry (*Geschäftsstelle*) of the court with which the arbitral award is being registered, and in Switzerland a certificate from the competent authority of the canton in which the award has been given.

Compromises concluded in the presence of arbitrators shall be enforced in the same manner as arbitral awards.

Article 10.

The present Convention shall be ratified. Ratifications shall be exchanged as soon as possible in Berlin.

The Convention shall come into force three months after the exchange of the instruments of ratification. It shall not apply to decisions which have acquired force of law before its entry into force, or to compromises concluded before that date.

The present Convention may be denounced by either State. Nevertheless, it shall remain in force for six months after denunciation.

In faith whereof the Plenipotentiaries have signed the present Convention. |

Done in two original copies at Berne, November 2, 1929.

(Signed) RÜFENACHT
(Signed) KUHN
(Signed) ALEXANDER.
(Signed) MARTIUS.
(Signed) VOLKMAR.